Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5— 6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) **ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.**

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 192. Sonnabend den 11. Juli 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 12. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In Erfüllung des von vielen Marktverkäufern an uns gerichteten Ersuchens haben wir unter Abänderung des §. 3, Abs. 2 der Marktordnung für die Stadt Leipzig vom 22. April dieses Jahres beschlossen, die für die **Markthalle** festgesetzte **Mittagspause**, vom **Sonnabend, den 11. d. M.** einschließlich ab **aufzuheben** und dafür die Marktzeit dahin festzusetzen, daß die Halle von dem genannten Tage ab für das Publicum von Beginn des Marktes, welcher derselbe bleibt, ununterbrochen bis **Nachmittags 5 Uhr**, an Sonnabend und an den Tagen vor Feiertagen bis **Abends 8 Uhr** geöffnet ist.

Die in der Marktordnung anderweit, insbesondere in §§. 13, 14 gegebenen Vorschriften betr. Räumung der Halle während der Mittagspause und nach Schluß des Marktes, sowie über die Entfernung des Fuhrwerks, gelten nunmehr mit Beziehung auf die oben neu festgesetzten Fristen.

Leipzig, am 9. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lindner.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in Gemäßheit von §. 1 Abs. 1 der Marktordnung von und mit Sonnabend, den 11. d. M., ein Theil des Großhandelsmarktes außer in der Markthalle auch auf dem vor derselben **und westlich von dem Panorama gelegenen Theile des Roßplatzes abgehalten** werden wird. Auf diesem Platze werden diejenigen **Verkäufer zugelassen werden**, welche die unterbezeichneten Obstsorten, ferner Kartoffeln und Gurken im Großhandel zu Markte bringen. Wir haben jedoch unsere Markthallen-Inspection ermächtigt, für den Fall unabweislichen Bedürfnisses auch den Gemüsehändlern, sofern sie Großhändler sind, daselbst Stände anzuweisen.

Die Stände auf diesem freien Platze werden lediglich als Tagesstände vergeben und zwar ist dafür dieselbe Gebühr wie für die Stände gleicher Gruppe in der Markthalle zu entrichten.

Die Monatsabonnenten von Großhandelsständen in der Markthalle können auch Stände auf dem Roßplatze erhalten; für sie tritt in diesem Falle eine **Ermäßigung der Gebühren** auf 10 ₰ pro Quadratmeter ein.

Für die auf den Ständen vor der Markthalle zum Verkaufe kommenden Waaren haben wir folgende Mindestmengen festgesetzt:

für Kartoffeln	1 Sack oder 50 kg,
„ Aepfel	Körbe von 25 Liter,
„ Birnen	„ „ „
„ Pflaumen	Körbe von 20 Liter,
„ Kirschen	„ „ „
„ Stachelbeeren	Originalkörbe,
„ Johannisbeeren	„
„ Weintrauben	„
„ Pfirsiche	„
„ Aprikosen	„
„ Heidelbeeren	25 Liter oder kochweise,
„ Preißelbeeren	„ „ „
„ Gurken	1 Schock.

Für den Fall, daß Gemüsehändler auf den freien Platz verwiesen werden, gelten folgende **Mindestmengen**:

Blumenkohl	½ Mandel,
Grüne Bohnen	20 Liter,
Wachsbohnen	5 „
Schoten	25 „
Kohlrabi	1 Schock,
Gurken zu Pfeffergurken	5 Liter,
Wirsingkohl	1 Mandel,
Rothkohl	1 „
Weißkohl	1 „
Spinat	1 Viertel kochweise,
Sellerie	1 Mandel,
Möhren	1 Bund — 1 Schock,
Meerrettig	½ Mandel,
Petersilie-Wurzel	1 „
Porree	1 „
Radischen und Rettige	1 Schock,
Weiße und schwarze Rettige	1 Mandel,
Zwiebeln, grüne	1 Bund — 1 Schock,
„ Perl	5 Liter,
„ getrocknete	50 kg.

Die Anfahrt der Wagen zum Marktplatze hat vom Königsplatze her zu erfolgen, so daß sie bei der Aufstellung mit der Vorderseite nach dem Panorama gerichtet sind und in dieser Richtung nach der Promenade zu wieder abfahren können. Bei der Anfahrt, Aufstellung und Abfahrt ist den Weisungen der Markthallenbeamten nachzugehen.

Die Anfahrt auf dem Platze darf nicht vor drei Uhr Morgens erfolgen. Für den Marktverkehr auf dem freien Platze gelten die für die Markthalle bestimmten Marktzeiten; nach Schluß des Marktes haben die Wagen wieder abzufahren. Im Uebrigen finden die Bestimmungen unserer Marktordnung auch auf dem Markt auf dem freien Platze sinngemäße Anwendung.

Leipzig, am 9. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lindner.

Obstverpachtung.

Die diesjährige Obstnutzung (Aepfel, Birnen und Pflaumen) an den fiscalischen Straßen des Bauerwalteramtsbezirks Leipzig soll

Dienstag, den 14. dieses Monats,
Vorm. 10 Uhr
im Saale des hiesigen Schuhmacherinnungshauses
Schloßgasse Nr. 10

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung und unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Die in Frage kommenden Straßenabtheilungen bez. Unterabtheilungen, ingleichen die Anzahl der darauf befindlichen Bäume sind vor dem Termine aus in den Händen der Herren Kunststraßenmeister und der Straßenwärter des Bezirks befindlichen Verzeichnissen zu ersehen.

Leipzig, am 2. Juli 1891.

Königliche Straßen- und Wasserbauinspection. Königliche Bauerwalterei.

Bekanntmachung.

Unter Verweisung auf unsere gestrige Bekanntmachung, die Einrichtung eines beschränkten Großhandelsmarktes auf dem Roßplatze und die Festsetzung von Mindestmengen für denselben betr., bringen wir im Nachstehenden die Mindestmengen zur öffentlichen Kenntniß, welche wir für den Großhandel **innerhalb der Markthalle** festgesetzt haben:

Gemüse.

Spargel	2½ kg,
Blumenkohl 4 große oder 8 kleine Köpfe,	
Erste Malta-Kartoffeln	5 l,
Grüne Zwiebeln	1 Bund — 1 Schock,
Kohlrabi	½ Schock,
Möhren	4 Bund,
Schoten	10 l,
Bohnen	10 l,
Salat	1 Schock,
Gurken, ersten Kasten-	8 Stück,
Gurken, Land-	1 Schock,
Rettige	16 Bund oder 16 Stück,
Rosenkohl	5 l,
Zwiebeln, Perl-	5 l,
„ getrocknete	25 l,
Meerrettig	4 Stangen.

Obst.

Kirschen, Pflaumen, Aepfel, Birnen in Originalkörben,	
Erdbeeren	3 l,
Stachel- oder Johannisbeeren	5 l,
Pfirsiche oder Aprikosen	1 Mandel,
Aepfelsinen	25 Stück,
Citronen	25 „
Nüsse, grüne, in Originalkörben,	
do. getrocknete	2½ kg,
Kranzfeigen	1 Kranz,
Datteln, Prünellen oder Kochfeigen	1 kg,
Johannisbrod	1 kg,
Backobst	2½ kg,
Pflaumenmus	1 kg,
Fischwaaren, geräucherte, in Originalkisten oder -Körben.	

Diese Mindestmengen gelten indessen nur für den **Verkauf zwischen den Großhändlern und den Consumenten**, und es ist den ersteren bis auf Weiteres unbenommen, an Wiederverkäufer, wie Standinhaber, Hausirer, Gemüsehändler u. s. w. auch kleinere Mengen abzugeben.

Für dringliche und genügend begründete Fälle haben wir unsere Markthallen-Inspection ermächtigt, den Großhändlern auch die Verabfolgung von kleineren Mengen, als sie vorstehend angegeben sind, **an die Consumenten zu gestatten.**

Zuwiderhandlungen gegen die obigen Bestimmungen werden von uns mit der Entziehung des Verkaufsstandes geahndet werden.

Leipzig, am 10. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lindner.

Bekanntmachung.

Bei unserem Stadtorchester, welches den Dienst in Stadttheater, Kirche und Gewandhaus-Concert zu versehen hat, soll zum **1. October d. J.** die mit Anspruch auf Pensionsberechtigung versehene Stelle des

1. Cellisten

mit dem Jahresgehalt von 2516 ℳ (1808 ℳ vom Theater, 320 ℳ vom Gewandhaus-Concert und 288 ℳ von der Kirche) anderweit besetzt werden.

Geeignete Bewerber, welche sich einem Probespiel zu unterziehen haben, wollen ihre Gesuche mit einem kurzen Lebenslauf und ihren Zeugnissen bis spätestens

zum 15. August d. J.

bei uns einreichen.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf ein Probejahr gegen halbjährliche Kündigung beiderseits; nachdem das erstere in befriedigender Weise zurückgelegt worden, tritt feste Anstellung, sowie die seiner Zeit besonders nachzusuchende Aufnahme unter die Mitglieder des Orchesterpensionsfonds ein.

Leipzig, den 6. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi,
Oberbürgermeister. Wolfsch, Rf.

Anna Meta Temmler aus Leipzig hat hier angezeigt, daß sie ihr unterm 28. August 1890 von uns ausgestelltes Dienstbuch am 15. vor. Mts. in hiesiger Stadt verloren habe. Das Buch ist im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, den 6. Juli 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
IV. 3763. Dr. Schmid. M.

Rußland und die Erneuerung des Dreibundes.

Bisher hat die russische Presse tiefes Schweigen über die Erneuerung des Dreibundes beobachtet, nur eine ganz vereinzelte Stimme äußerte sich dahin, daß Rußland dazu Stellung nehmen müsse — die „Nowoje Wremja". Heute liegt ein St. Petersburger Brief der „Politischen Correspondenz" vor, welcher die Erneuerung des Dreibundes mit Rücksicht auf die veränderte Stellung Englands beleuchtet, und zu dem Schluß gelangt, daß der so verstärkte Bund in dem steigenden Bewußtsein seiner Stärke sich zu politischen Schritten hinreißen lassen könnte, die ohne den Hinzutritt Englands vielleicht vermieden worden wären. Dem gegenüber sei der engere Aneinanderschluß Rußlands und Frankreichs eine Nothwendigkeit.

An dieser Kundgebung ist nur die Begründung des in Aussicht gestellten russisch-französischen Bündnisses merkwürdig und zugleich echt russisch. Die Macht, welche durch ihr schroffes Auftreten in der bulgarischen Frage die politische Lage Europas so sehr verschlimmert hat, welche ganz offen an Oesterreich-Ungarn die Forderung gestellt hat, daß es Bosnien und die Herzegowina räume, welche Deutschland für den unzureichenden Erfolg des Krieges von 1877/78 verantwortlich gemacht hat, die in einer Weise zum Kriege rüstete, als ob es seine Existenz zu vertheidigen hätte, dieselbe Macht lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit, daß sich der Dreibund zu politischen Schritten könnte hinreißen lassen. Leider sagt der Verfasser des Briefes nicht, welche Schritte das sein könnten, das wäre aber ganz unerläßlich, wenn man den Briefschreiber ernst nehmen soll. Die Kreise, welchen die „Politische Correspondenz" als Sprachrohr dient, wissen ganz genau, daß der Dreibund mit größter Sorgfalt alles vermeidet, was Rußland einen Vorwand zum Kriege bieten könnte, daß also nicht die mindeste Absicht besteht, den Prinzen Ferdinand von Coburg als Fürsten **von Bulgarien anzuerkennen, daß ebenso wenig Neigung** vorhanden ist, die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien endgiltig zu regeln, daß überhaupt der status quo auf der Balkanhalbinsel von keiner Seite in Frage gestellt wird. Das sind die Sorgen, welche die „Politische Correspondenz" meint, ohne sie näher zu bezeichnen, im Uebrigen kann der Dreibund nur den Zweck haben, eine etwaige Veränderung des status quo durch Rußland auf der Balkanhalbinsel oder durch Frankreich an den Küsten des Mittelmeeres zu verhindern, abgesehen von einem Rachekriege Frankreichs gegen Deutschland zur Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen.

Die Bedeutung der russischen Kundgebung liegt aber weniger in der Verdächtigung der Absichten des Dreibundes als in dem Bekenntniß, daß die vom Rußland und Frankreich aufgeworfenen Fragen europäischer Natur sind und deshalb eine Stellungnahme der Mächte für oder wider nothwendig machen. Der Briefschreiber der „Politischen Correspondenz" findet, daß durch die Stellungnahme Englands zu Gunsten des Dreibundes das Gleichgewicht, welches zwischen den verbündeten Staaten einerseits und Rußland nebst Frankreich andererseits bestand, zu Ungunsten dieser beiden Mächte aufgehoben worden sei. Das ist ein sehr wichtiges Zugeständniß, denn es besagt, daß die Interessen des Dreibundes und Englands mit denen Rußlands und Frankreichs nicht vereinbar sind. Rußland hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es die Schutzherrschaft über Bulgarien anstrebt, daß es überhaupt die Entscheidung über alle die Balkanhalbinsel betreffenden Angelegenheiten beansprucht und jeder Schulknabe weiß, daß Frankreich sich auf einen Krieg zur Wiedererlangung dessen vorbereitet, was es im Jahre 1870 verloren hat. Diese Ansprüche Rußlands und Frankreichs auf der einen Seite und das Festhalten des Dreibundes an den Verträgen, welche am 13. Juli 1878 in Berlin und am 10. Mai 1871 in Frankfurt a. M. geschlossen wurden, auf der anderen stellt die „Politische Correspondenz" einander gegenüber und findet, daß darauf das europäische Gleichgewicht beruht. Das ist aber ein merkwürdiges Gleichgewicht, welches eingestandenermaßen nur darauf beruht, daß der auf Störung des Friedens bedrohte Theil Europas nur durch die militairische Macht der Gegenseite an der Ausführung seiner gewaltthätigen Absichten verhindert wird.

In dem Briefe der „Politischen Correspondenz" wird gesagt, daß England die Verpflichtung übernommen zu haben scheint, im Falle eines Krieges gegen Frankreich die Küste Italiens zu schützen und es sei sehr wahrscheinlich, daß England auch den gleichen Schutz für die Küste Deutschlands übernommen habe. Daraus werde aber der Dreibund zu einem Vierbunde, und diese neue Lage nöthige Rußland zum Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich. Das ist denn doch eine sehr eigenthümliche Schlußfolgerung. Was in aller Welt kümmert es denn Rußland, wenn England zur Aufrechthaltung des status quo im Mittelmeer die italienische Küste schützt? Was kann ferner Rußland dagegen einwenden, wenn England dieselbe Hilfeleistung an der deutschen Küste gegenüber Angriffen zur See übernimmt? Hat Rußland vielleicht ein Interesse daran, das Gleichgewicht im Mittelmeer zu stören? Oder ist es Rußland darum zu thun, einen Angriff gegen die deutsche Küste zu richten? Kann man sich ein rückhaltloseres Eingeständniß böser Absichten denken, als es in der Schlußfolgerung des Briefstellers der „Politischen Correspondenz" enthalten ist?

Wenn Rußland damit einverstanden ist, daß die heutigen Machtverhältnisse Europas erhalten werden sollen und daß keine Veränderung der Karte unseres Welttheiles eintritt, wozu sind dann die Verkehrungen gegen einen Bund, der ganz unzweifelhaft nur den Zweck hat, den Frieden zu erhalten? Wir versprechen uns von der Mitwirkung Englands an den Zwecken des Dreibundes im entscheidenden Augenblick nur wenig, aber wenn es wahr ist, daß England Italien gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen hat, so ist das schon eine sehr werthvolle Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens. Wir ersehen andererseits aus der balkanfeindlichen russischen Kundgebung in der „Politischen Correspondenz", daß die deutsche Regierung sehr wohl daran gethan hat, sich mit England in nähere Beziehungen zu setzen.

Deutschland hatte die Wahl zwischen Rußland und England, es verschmähte aber diesen Standpunct, sondern verfolgte die feste Absicht, mit Rußland und England gleichermaßen gute Beziehungen zu pflegen. Das war gewiß das Richtige und würde das angestrebte Ziel erreicht haben, wenn Rußland friedliche Absichten hegte. Da das offenbar nicht der Fall ist und Deutschland sich nicht herbeilassen kann, das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn Rußland zu Liebe aufzugeben, so blieb nur übrig, denjenigen Anschluß an England zu suchen, der nach der Lage der Verhältnisse möglich war. Deutschlands Verkehr mit England hat niemals den Zweck gehabt, gute Beziehungen mit Rußland zu stören, er war in dem Sinne gemeint, wie die gesammte auswärtige Politik Deutschlands zu verstehen ist, die Friedensbürgschaften zu erhöhen. Wenn Rußland sich dadurch verletzt fühlt, so ist daraus nur zu entnehmen, daß Rußland entgegengesetzte Ziele verfolgt, und deshalb ist es gewiß kein politischer Fehler, eine Freundschaft zu pflegen und zu verstärken, die zwar keine besondere Vortheile verheißt, aber immerhin Deutschland vor Zumuthungen wahrt, welche ihm von Rußland gestellt werden ohne jede Aussicht auf ihre Verwirklichung. Rußlands Empfindlichkeit in Bezug auf England läßt nur erkennen, wie groß seine Hinneigung zu Frankreich ist, und bei solcher Sachlage kann es für Deutschland nicht zweifelhaft sein, auf welcher Seite seine Interessen besser gewahrt sind.

Leipzig, 11. Juli.

* Von dem Generalfeldmarschall Grafen von Moltke ist noch unmittelbar vor seinem Tode ein wichtiges Gutachten über die **Befestigung der Insel Helgoland** erstattet worden. Auf Grund dieses Gutachtens sind die Pläne für die vorzunehmenden Arbeiten so wesentlich eingeschränkt worden, daß deren Kosten nunmehr auf nicht ganz den dritten Theil der ursprünglich veranschlagten Summe sich stellen. Voraussichtlich wird ein Betrag von ungefähr 6 Millionen Mark zur Ausführung der Bauten ausreichen.

* Von verschiedenen Seiten wird bestätigt, daß unter den zur wirthschaftlichen Hebung der östlichen preußischen Provinzen in Aussicht genommenen Maßregeln die **Aufhebung des Identitätsnachweises im Getreidehandel** sich befinde. **Voraussichtlich wird der Reichstag bereits im Herbst** vor diese Frage gestellt werden. Er hat bisher noch nie Gelegenheit gehabt, über den sachlichen Inhalt dieses Antrags abzustimmen, wenn auch verschiedentlich schon Verhandlungen darüber stattgefunden haben, die zu einem starken Auseinandergehen der Ansichten innerhalb der Parteien führten und von der Gegensätzlichkeit der landschaftlichen Interessen in dieser Frage zeugten. Es ist indessen kaum zweifelhaft, daß, wenn die Regierung ernstlich ihr Gewicht in die Wagschale legt, der Vorschlag eine Mehrheit im Reichstag finden wird.

* Die „Hamburger Nachrichten" äußern sich zu dem Auftreten des socialdemokratischen Abgeordneten v. Vollmar in folgender Weise:

Im heutigen Morgenblatt ist ein Artikel der „Nat.-Ztg." mitgetheilt worden, worin auf Grund von Publicationen der socialdemokratischen „Münchener Post" Gewicht darauf gelegt wird, daß die Ansichten des Herrn v. Vollmar über die Stellung der Socialdemokratie zu Fragen der europäischen Politik von den übrigen Führern der Partei schon in früheren Reden zum Ausdruck gebracht seien. Wenn wir die Tendenz der Publication in der „Nat.-Ztg." recht verstehen, so ist sie weniger darauf gerichtet, zu beweisen, daß v. Vollmar mit seinen Ansichten in der socialdemokratischen Partei nicht allein stehe, als darauf, den Eindruck zu erwecken, daß die Socialdemokratie im Grunde ihres Herzens wirklich **nationalpatriotisch** sei und folglich früher schlecht behandelt worden sei. Wer begreifen, worauf es die „Nat.-Zeitung" abgesehen hat, aber wir müssen daran festhalten, daß es ein verhängnißvoller Fehler wäre, die Versicherungen Vollmar's und der übrigen socialdemokratischen Führer als etwas anderes aufzufassen, denn als taktische Manöver, die lediglich dazu bestimmt sind, diejenigen Kreise der Bevölkerung für die Socialdemokratie günstig zu stimmen, welche sich vor Allem durch deren unpatriotische Haltung abgestoßen fühlen. Einen anderen Zweck haben diese Declamationen nicht und können ihn nicht haben, weil dies gegen das Wesen der Socialdemokratie und die Bedingungen ihres Daseins verstoßen würde. Die Socialdemokratie wird immer revolutionair und international in einem Maße bleiben müssen, welches in ihr keinen Raum für nationale, patriotische Anschauungen läßt, oder sie wird aufhören zu existiren. Jeder Socialdemokrat ist Feind der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und folglich auch der Politik, welche die bestehenden Zustände diplomatisch und militairisch sichern will. Es gehört eine sinnliche Seitenansehung oder Schlimmeres dazu, diese einfache Logik zu leugnen, und den auf Dupirung berechneten Beschwichtigungsversuchen der socialdemokratischen Führer — mögen sie Vollmar oder Bebel heißen und mit vertheilten Rollen für, aber in persönlicher Rivalität gegeneinander wirken — das geringste Gewicht beizulegen.

* In dem durch den Tod des Abgeordneten v. Schleckmann erledigten Reichstagswahlkreise Tilsit hat der nationalliberale Verein in Tilsit Herrn Staatsminister a. D. Hobrecht als Candidaten aufgestellt. Candidat der Deutschfreisinnigen ist Herr v. Reibnitz, der Conservativen Gutsbesitzer Weiß; außerdem sind noch ein socialdemokratischer und ein litthauischer Candidat aufgestellt. Bei den vorigen Wahlen siegten die Conservativen mit 10 678 gegen 8962 deutschfreisinnige Stimmen.

* Nach dem Erlaß des Invaliditäts- und des Arbeiterschutzgesetzes wird man wohl allerseits in gewerblichen Kreisen, bei Arbeitgebern und Arbeitern, wie überhaupt bei allen von diesen Gesetzen Betroffenen das Bedürfniß einer längeren Ruhepause in der socialpolitischen Gesetzgebung empfinden. Bis zu einem gewissen Grade kann diese Gesetzgebung jetzt als abgeschlossen gelten, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß nicht die fortschreitende Entwickelung wieder neue Bedürfnisse erzeuge. Aber große neue Gesetze auf diesem Gebiet werden wir für die nächste Zukunft nicht zu erwarten haben und sie sind auch nicht zu wünschen. Durch die Unfall-, Kranken- und Invaliditätsversorgung sind die Arbeiter jetzt gegen die äußersten wirthschaftlichen Nothlagen sicher gestellt, durch die neue Schutzgesetzgebung sind alle berechtigten und durchführbaren Anforderungen erfüllt, welche erweiterte Bürgschaften gegen eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitskraft, namentlich der schwächeren Elemente, verlangten. In gewissem Sinn ist die „kaiserliche Botschaft" jetzt ausgeführt. Diese in alle gewerblichen Verhältnisse tief eingreifende Gesetzgebung erfordert naturgemäß eine längere Zeit der Einlebung und Eingewöhnung; sie hat unserer Industrie ohne Zweifel schwere Opfer auferlegt, die mit der Zeit vermunden werden müssen. Unsere Industrie hat die Lasten mit anerkennenswerther Willigkeit in der Hoffnung auf die versöhnende Wirkung auf die Arbeiterwelt auf sich genommen und man darf auch zuversichtlich erwarten, daß sie nicht vergeblich übernommen sein werden. Eine fast widerwillige Anerkennung der Wohlthaten der Socialgesetzgebung der letzten Jahre zieht sich selbst durch die socialdemokratische Agitation hindurch. Die Anfangs auch in anderen Kreisen weitverbreitete Abneigung gegen die Invaliditätsversicherung mit ihren vielfachen Unklarheiten und Belästigungen beginnt mehr und mehr zu schwinden; die Ausführung des Gesetzes ist, nachdem einmal die ersten Schwierigkeiten überwunden waren, ziemlich glatt von Statten gegangen. Aber bei alledem ist doch der Wunsch gerechtfertigt, daß jetzt eine längere Zeit gewissermaßen zur Verdauung gewährt wird. Das hat auch der jüngste nationalliberale Delegirtentag anerkannt, indem er in seinen Resolutionen u. A. ausdrücklich eine Ruhepause in der socialpolitischen Gesetzgebung verlangte. Dadurch soll es aber keineswegs ausgeschlossen sein, daß im Einzelnen Verbesserungen und Ergänzungen vorgenommen werden, wo sie sich in der praktischen Anwendung als wünschenswerth herausstellen. So liegt dem Reichstag bekanntlich eine umfangreiche Revision des Krankencassengesetzes vor und auch bei anderen Gesetzen werden Abänderungen und Ergänzungen nicht zu vermeiden sein. Das hindert aber nicht, daß dem Ruhebedürfniß auf diesem Gebiet in nächster Zeit so viel wie möglich Rechnung getragen wird. Wir stimmen ganz mit der von der „Nationalliberalen Correspondenz" in Vorstehendem ausgesprochenen Betonung des Ruhebedürfnisses auf dem Gebiet der socialistischen Gesetzgebung überein und wollen im Uebrigen wünschen, daß die daran geknüpften Hoffnungen auf die Wirkungen des Invaliditäts- und des Arbeiterschutzgesetzes in Erfüllung gehen.

* Was über die Vorbereitungen für die nächste preußische Landtagssession in den Zeitungen berichtet wird, beruht gegenwärtig noch vorzugsweise auf Vermuthung und Combination. Es steht nur fest, daß in fast allen Ressorts, namentlich im Finanzministerium, im Ministerium des Innern und im Cultusministerium, eine sehr rege Thätigkeit herrscht, um die in Aussicht gestellten weiteren gesetzgeberischen Vorlagen energisch zu fördern. Die Minister haben zu diesem Zweck auf Urlaub ganz verzichtet oder ihn auf das unerläßlichste Maß beschränkt. Es läßt sich indessen noch nicht übersehen, inwieweit die Vorarbeiten bereits in der nächsten Session den Landtag als Gesetzentwürfe werden beschäftigen